

Bundesgesetzblatt ⁵⁹⁷

Teil I

1960	Ausgegeben zu Bonn am 2. August 1960	Nr. 41
------	--------------------------------------	--------

Tag	Inhalt:	Seite
28. 7. 60	Getreidepreisgesetz 1960/61	597
27. 7. 60	Verordnung zur Änderung der Zweiten Verordnung über Ausgleichsleistungen nach dem Lastenausgleichsgesetz	608
28. 7. 60	Vierte Verordnung zur Änderung der Pflanzenbeschauverordnung	609
	Hinweis auf Verkündungen im Bundesanzeiger	611

Gesetz über Preise für Getreide inländischer Erzeugung sowie über besondere Maßnahmen in der Getreide- und Futtermittelwirtschaft (Getreidepreisgesetz 1960/61)

Vom 28. Juli 1960

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Preise für Brotgetreide

(1) Für Brotgetreide (Roggen, Weizen) inländischer Erzeugung der Ernte 1960 werden für die Monate Juli 1960 bis Juli 1961 die nachstehenden Erzeugerpreise in Deutsche Mark je tausend Kilogramm netto ausschließlich Sack festgesetzt:

I. Roggen

Preisgebiet	R I	R II	R III	R IV
1960 Juli	371,00—391,00	375,00—395,00	377,00—397,00	379,00—399,00
August	371,00—391,00	375,00—395,00	377,00—397,00	379,00—399,00
September	375,50—394,00	379,50—398,00	381,50—400,00	383,50—402,00
Oktober	380,00—400,00	384,00—404,00	386,00—406,00	388,00—408,00
November	384,50—403,00	388,50—407,00	390,50—409,00	392,50—411,00
Dezember	389,00—406,00	393,00—410,00	395,00—412,00	397,00—414,00
1961 Januar	393,50—410,00	397,50—414,00	399,50—416,00	401,50—418,00
Februar	398,00—412,00	402,00—416,00	404,00—418,00	406,00—420,00
März	402,50—415,00	406,50—419,00	408,50—421,00	410,50—423,00
April	407,00—420,00	411,00—424,00	413,00—426,00	415,00—428,00
Mai	411,50—425,00	415,50—429,00	417,50—431,00	419,50—433,00
Juni	416,00—425,00	420,00—429,00	422,00—431,00	424,00—433,00
Juli	416,00—425,00	420,00—429,00	422,00—431,00	424,00—433,00

II. Weizen

Preisgebiet	W I	W II	W III	W IV
1960 Juli	411,00—431,00	415,00—435,00	417,00—437,00	419,00—439,00
August	411,00—431,00	415,00—435,00	417,00—437,00	419,00—439,00
September	415,50—434,00	419,50—438,00	421,50—440,00	423,50—442,00
Oktober	420,00—440,00	424,00—444,00	426,00—446,00	428,00—448,00
November	424,50—443,00	428,50—447,00	430,50—449,00	432,50—451,00
Dezember	429,00—446,00	433,00—450,00	435,00—452,00	437,00—454,00
1961 Januar	433,50—450,00	437,50—454,00	439,50—456,00	441,50—458,00
Februar	438,00—452,00	442,00—456,00	444,00—458,00	446,00—460,00
März	442,50—455,00	446,50—459,00	448,50—461,00	450,50—463,00
April	447,00—460,00	451,00—464,00	453,00—466,00	455,00—468,00
Mai	451,50—465,00	455,50—469,00	457,50—471,00	459,50—473,00
Juni	456,00—465,00	460,00—469,00	462,00—471,00	464,00—473,00
Juli	456,00—465,00	460,00—469,00	462,00—471,00	464,00—473,00

(2) Die Mindestpreise des Absatzes 1 dürfen nicht unterschritten, die Höchstpreise nicht überschritten werden. Die Preise sind nach demjenigen Preisgebiet zu errechnen, in dem der Übergabeort oder die Verladestelle liegt. Sie gelten bei Übergabe frei Übergabeort, bei Versendung frei Verladestelle.

(3) Als Weizen im Sinne dieses Gesetzes gilt auch Spelz (Dinkel, Fesen) mit der Maßgabe, daß sich die für Weizen festgesetzten Preise bei gegerbtem Spelz um 10 vom Hundert erhöhen, bei ungegerbtem Spelz um 25 vom Hundert ermäßigen.

(4) Für Menggetreide und Mischfrucht dürfen die Mindestpreise nicht unterschritten und die Höchstpreise nicht überschritten werden, die sich unter Zugrundelegung der Preise des Absatzes 1 nach dem Mischungsverhältnis ergeben.

(5) Die Preisgebieteinteilung ergibt sich aus der Anlage. Sie wird von einer Änderung der Länder oder der staatlichen Verwaltungsbezirke nicht berührt. Zur Vermeidung von Ungleichheiten und Härten, die sich bei der Durchführung ergeben, kann der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Bundesminister) im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft und mit Zustimmung des Bundesrates die Preisgebiete durch Rechtsverordnung anderweitig festsetzen.

§ 2

Preise für Futter- und Industriegetreide sowie für Braugerste

(1) Für Futter- und Industriegetreide sowie für Braugerste inländischer Erzeugung der Ernte 1960 werden für die Monate Juli 1960 bis Juli 1961 die nachstehenden Erzeugerpreise in Deutsche Mark je tausend Kilogramm netto ausschließlich Sack festgesetzt:

Futtergerste	360,00—400,00
Industriergerste	375,00—400,00
Futterhafer	310,00—365,00
Industriehafer	315,00—375,00
Braugerste	
1960 Juli bis September	420,00—450,00

Oktober	424,50—450,00
November	429,00—450,00
Dezember	433,50—450,00
1961 Januar bis Juli	438,00—450,00

(2) Die Mindestpreise des Absatzes 1 dürfen nicht unterschritten, die Höchstpreise nicht überschritten werden. Die Preise gelten bei Übergabe frei Übergabeort, bei Versendung frei Verladestelle.

(3) Im Sinne dieses Gesetzes ist

1. Industriergerste eine Gerste, die ein Eigengewicht von mindestens 65 Kilogramm je Hektoliter hat und für Zwecke der industriellen Verarbeitung geeignet ist,
2. Braugerste eine Gerste, die insbesondere nach Keimfähigkeit und Eiweißgehalt zur Herstellung von Braumalz geeignet ist,
3. Industriehafer ein Hafer, der ein Eigengewicht von mindestens 51 Kilogramm je Hektoliter hat und für Zwecke der industriellen Verarbeitung geeignet ist.

Gerste und Hafer, die den Anforderungen der Nummern 1, 2 oder 3 nicht entsprechen, gelten als Futtergerste oder Futterhafer.

§ 3

Sicherung der Preise für Getreide

(1) Zur Sicherung der Mindestpreise dieses Gesetzes hat die Einfuhr- und Vorratsstelle für Getreide und Futtermittel (Einfuhr- und Vorratsstelle) in den Monaten Juli 1960 bis Juni 1961 ihr vom Erzeuger angebotenes Getreide, außer Saatgetreide, zum Mindestpreis zu übernehmen, soweit dieser Preis im freien Verkehr nicht erzielt werden kann. Kann dieser Preis in einem Gebiet außerhalb des Erzeugungsgebietes erzielt werden, so kann die Einfuhr- und Vorratsstelle unter Wegfall ihrer Übernahmeverpflichtung einen Beitrag zu den Kosten der Beförderung des Getreides ab Übergabeort oder Verladestelle des Erzeugers und den durch diese Beförderung entstehenden Nebenkosten zahlen, um den Absatz des Getreides zum Mindestpreis zu ermöglichen. Hierzu erläßt der Bundes-

minister Richtlinien im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft, dem Bundesminister der Finanzen und dem Bundesminister für Verkehr.

(2) Die Einfuhr- und Vorratsstelle hat Getreide, außer Saatgetreide, an Verarbeiter und Verbraucher zu den in diesem Gesetz festgesetzten Höchstpreisen zuzüglich üblicher Handelsspannen abzugeben, wenn eine Versorgung zu diesem Preis im freien Verkehr nicht möglich ist.

(3) Qualitätszuschläge und Qualitätsabschläge sind bei der Übernahme zu Mindestpreisen und bei der Abgabe zu Höchstpreisen zu berücksichtigen.

(4) Im allgemeinen hat die Einfuhr- und Vorratsstelle die Aufgabe, durch Übernahme oder Abgabe von Getreide inländischer Erzeugung, außer Saatgetreide, durch Vorratshaltung oder Abgabe von Auslandsgetreide und durch sonstige geeignete Maßnahmen dafür zu sorgen, daß die durch dieses Gesetz festgesetzten Preisgrenzen innegehalten werden.

§ 4

Preise für Saatgetreide

(1) Für anerkanntes Saatgut von Getreide darf der Verbraucherpreis in den Monaten Juli 1960 bis Juni 1961 nachstehende Grundpreise und Höchstzuschläge in Deutsche Mark je tausend Kilogramm netto ausschließlich Sack, und zwar bei Übergabe frei Übergabeort, bei Versendung frei Verladestelle, nicht übersteigen:

Getreideart	Grundpreis	Höchstzuschlag
Winterroggen (normal)	405	180
Heßdorfer Johannisroggen	405	250
Winterroggen Tetra	405	230
Sommerroggen	405	230
Winterweizen	445	160
Sommerweizen	445	190
Spelz (Dinkel, Fesen)	340	190
Wintergerste, vierzeilig	400	160
Wintergerste, zweizeilig	440	160
Sommergerste	450	160
Weißhafer und Gelbhafer	375	180
Schwarzhafer	375	220

Als anerkanntes Saatgut im Sinne dieses Gesetzes gilt auch mit Erfolg geprüftes Vorstufensaatgut.

(2) Soweit Handelssaatgut oder Behelfssaatgut von Getreide nach dem Saatgutgesetz vom 27. Juni 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 450) in Verbindung mit den dazu ergangenen oder noch ergehenden Verordnungen zugelassen wird, darf der Abgabepreis des Herstellers die nachstehenden Grundpreise und Höchstzuschläge in Deutsche Mark je tausend Kilogramm netto ausschließlich Sack, und zwar bei Übergabe frei Übergabeort, bei Versendung frei Verladestelle, nicht übersteigen:

Getreideart	Grundpreis	Höchstzuschlag
Winterroggen	405	45
Sommerroggen und Heßdorfer Johannisroggen	405	50
Winterweizen	445	45
Sommerweizen	445	50
Wintergerste, vierzeilig	400	55
Wintergerste, zweizeilig	440	55
Sommergerste	450	45
Weißhafer und Gelbhafer	375	50
Schwarzhafer	375	55

(3) Bei Abgabe in Mengen unter 75 Kilogramm dürfen die Zuschläge des Absatzes 1 höchstens um folgende Kleinmengenzuschläge erhöht werden:

bei Abgabe in Mengen bis 24,9 Kilogramm um 3 Deutsche Pfennig je Kilogramm,

bei Abgabe in Mengen von 25 bis 49,9 Kilogramm um 1,50 Deutsche Pfennig je Kilogramm,

bei Abgabe in Mengen von 50 bis 74,9 Kilogramm um 0,75 Deutsche Pfennig je Kilogramm.

§ 5

Beschaffenheit des Getreides

(1) Die Preise der §§ 1, 2 und 4 gelten für Getreide von durchschnittlicher Beschaffenheit.

(2) Für Getreide besserer oder geringerer Beschaffenheit können zu diesen Preisen entsprechend der Erhöhung oder Minderung des Nutzungswertes des Getreides bis zum Erlaß von Vorschriften nach § 6 Abs. 1 Nr. 2 Zu- oder Abschläge vereinbart werden.

§ 6

Qualitätsklassen, Zu- und Abschläge

(1) Der Bundesminister kann im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft und mit Zustimmung des Bundesrates durch Rechtsverordnung Bestimmungen treffen über

1. Merkmale der durchschnittlichen, besseren und geringeren Beschaffenheit des Getreides sowie über Art und Zeitpunkt der Feststellung dieser Merkmale,
2. Höhe der Zu- und Abschläge für Getreide besserer und geringerer Beschaffenheit sowie darüber, daß derartige Zu- und Abschläge vereinbart werden dürfen oder berechnet werden müssen.

Die Zu- und Abschläge nach Nummer 2 dürfen den Wert nicht übersteigen, welcher der Erhöhung oder Minderung des Nutzungswertes von Getreide durchschnittlicher Beschaffenheit entspricht.

(2) Der Bundesminister kann im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft und mit Zustimmung des Bundesrates durch Rechtsverordnung die in § 4 Abs. 1 geregelten Höchstzuschläge für anerkanntes Saatgut von Gerste erhöhen, wenn und

insoweit diese Höchstzuschläge den gemäß Absatz 1 Nr. 2 für Braugerste festgesetzten Zuschlägen nicht mehr entsprechen.

(3) Für Weizensorten, deren Mahlerzeugnisse besonders gute Backeigenschaften aufweisen, sind Qualitätszuschläge von mindestens 0,50 bis höchstens 1,50 Deutsche Mark oder von mindestens 1,50 bis höchstens 3,00 Deutsche Mark je hundert Kilogramm zu den Preisen des § 1 in den Fällen zu zahlen, in denen der Anbau und die Abnahme dieser Weizensorten durch Anbau- und Lieferverträge zwischen Erzeuger und Käufer gesichert sind. Der Bundesminister trifft im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft und mit Zustimmung des Bundesrates durch Rechtsverordnung Bestimmungen darüber, für welche Weizensorten die genannten Qualitätszuschläge gelten. Als Maßstab für die Festsetzung, ob der Zuschlag mindestens 0,50 bis höchstens 1,50 Deutsche Mark oder mindestens 1,50 bis höchstens 3,00 Deutsche Mark beträgt, dient der Nutzungswert der betreffenden Weizensorten in bezug auf die Backfähigkeit der aus ihnen hergestellten Mahlerzeugnisse.

§ 7

Schlußschein, Anbieterspflicht, Auflagen

(1) Zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung kann der Bundesminister

1. durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates für jeden Verkauf von Roggen, Weizen oder Gemenge von Roggen und Weizen, von Gerste, Hafer und Futtermenggetreide die Ausstellung eines Schlußscheines durch den Käufer vorschreiben sowie Vorschriften über Form, Inhalt, Auswertung und Verbleib des Schlußscheines erlassen,
2. im Bedarfsfalle durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates vorschreiben, daß und inwieweit in Verkehr gebrachte Erzeugnisse der in Nummer 1 genannten Art in verarbeitetem oder unverarbeitetem Zustand bestimmten Betrieben oder Stellen zum Kauf anzubieten sind,
3. im Bedarfsfalle durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Vorschriften für die Weiterlieferung, Verteilung und Verwendung der in Nummer 1 genannten Erzeugnisse durch gewerbliche Unternehmen erlassen. Der Bundesminister kann einzelnen gewerblichen Betrieben durch Verfügung Auflagen für die Weiterlieferung, Verteilung und Verwendung der genannten Erzeugnisse erteilen, sofern eine übergeordnete Regelung erforderlich ist; andernfalls können die Auflagen durch die oberste Landesbehörde erteilt werden.

(2) § 18 des Getreidegesetzes in der Fassung vom 24. November 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 900) findet Anwendung.

§ 8

Straf- und Bußgeldvorschrift

(1) Eine Zuwiderhandlung, die nach den Vorschriften des Wirtschaftsstrafgesetzes 1954 geahndet wird, begeht, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. Entgelte fordert, verspricht, vereinbart, annimmt oder gewährt, welche die Mindest- oder Höchstpreise der §§ 1, 2 oder 4 unter Berücksichtigung der zugelassenen oder vorgeschriebenen Zu- oder Abschläge unterschreiten oder überschreiten, oder
2. gegen eine Vorschrift einer auf Grund des § 7 Abs. 1 ergangenen Rechtsverordnung oder gegen eine auf Grund dieser Rechtsverordnung erlassene vollziehbare Verfügung verstößt, sofern die Rechtsverordnung auf diese Straf- und Bußgeldvorschrift verweist.

(2) Zuwiderhandlungen gegen die auf Grund des § 7 Abs. 2 bestehende Auskunftspflicht werden nach § 21 Abs. 1 Nrn. 3 und 4 des Getreidegesetzes in Verbindung mit dem Wirtschaftsstrafgesetz 1954 geahndet.

§ 9

Land Berlin

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

§ 10

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. Juli 1960 in Kraft. Es tritt ebenso wie die auf Grund der §§ 1, 6 und 7 erlassenen Rechtsverordnungen am 31. Juli 1961 außer Kraft.

Die Bundesregierung hat dem vorstehenden Gesetz die nach Artikel 113 des Grundgesetzes erforderliche Zustimmung erteilt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 28. Juli 1960

Der Bundespräsident
Lübke

Für den Bundeskanzler
Der Bundesminister für Verkehr
Seeböhm

Der Bundesminister für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten
Schwarz

Für den Bundesminister der Finanzen
Der Bundesminister
für wirtschaftlichen Besitz des Bundes
Wilhelmi

Anlage
(zu § 1 Abs. 5)

**Roggen- und Weizenpreisgebiete für Inlandsgetreide
nach Verwaltungsbezirken**

LAND BAYERN

Reg.-Bezirk Oberbayern

Stadtkreise

Bad Reichenhall	R IV	W IV
Freising	R II	W III
Ingolstadt	R II	W III
Landsberg	R IV	W IV
München	R IV	W IV
Rosenheim	R IV	W IV
Traunstein	R IV	W IV

Landkreise

Aichach	R IV	W III
Altötting	R II	W III
Bad Aibling	R IV	W IV
Bad Tölz	R IV	W IV
Berchtesgaden	R IV	W IV
Dachau	R IV	W IV
Ebersberg	R II	W IV
Erding	R II	W III
Freising	R II	W III
Fürstenfeldbruck	R IV	W IV
Garmisch-Partenkirchen	R IV	W IV
Ingolstadt	R II	W III
Landsberg	R IV	W IV
Laufen	R IV	W IV
Miesbach	R IV	W IV
Mühldorf	R II	W III
München	R IV	W IV
Pfaffenhofen a. d. Ilm	R II	W III
Rosenheim	R IV	W IV
Schongau	R IV	W IV
Schrobenhausen	R II	W III
Starnberg	R IV	W IV
Traunstein	R IV	W IV
Wasserburg am Inn	R II	W III
Weilheim	R IV	W IV
Wolfartshausen	R IV	W IV

Reg.-Bezirk Niederbayern

Stadtkreise

Deggendorf	R I	W III
Landshut	R II	W III
Passau	R I	W III
Straubing	R I	W III

Landkreise

Bogen	R I	W III
Deggendorf	R I	W III
Dingolfing	R II	W III
Eggenfelden	R I	W III
Grafenau	R I	W III
Griesbach	R I	W III
Kelheim	R II	W III

Kötzting	R I	W III
Landau a. d. Isar	R I	W III
Landshut	R II	W III
Mainburg	R II	W III
Mallersdorf	R II	W III
Passau	R I	W III
Pfarrkirchen	R I	W III
Regen	R I	W III
Rottenburg	R II	W III
Straubing	R I	W III
Viechtach	R I	W III
Vilsbiburg	R II	W III
Vilshofen	R I	W III
Wegscheid	R I	W III
Wolfstein	R I	W III

Reg.-Bezirk Oberpfalz

Stadtkreise

Amberg	R I	W IV
Neumarkt/Opf.	R I	W III
Regensburg	R I	W III
Schwandorf/Bayern	R I	W III
Weiden	R I	W IV

Landkreise

Amberg	R I	W IV
Beilngries	R I	W III
Burglengenfeld	R I	W III
Cham	R I	W III
Eschenbach/Opf.	R I	W IV
Kemnath	R I	W IV
Nabburg	R I	W IV
Neumarkt/Opf.	R I	W III
Neunburg vorm Wald	R I	W III
Neustadt a. d. Waldnaab	R I	W IV
Oberviechtach	R I	W IV
Parsberg	R I	W III
Regensburg	R I	W III
Riedenburg	R I	W III
Roding	R I	W III
Sulzbach-Rosenberg	R I	W IV
Tirschenreuth	R I	W IV
Vohenstrauß	R I	W IV
Waldmünchen	R I	W III

Reg.-Bezirk Oberfranken

Stadtkreise

Bamberg	R II	W IV
Bayreuth	R I	W IV
Coburg	R I	W IV
Forchheim	R II	W IV
Hof	R I	W IV
Kulmbach	R I	W IV
Marktredwitz	R I	W IV

Neustadt bei Coburg	RI	WIV	Bad Kissingen	RI	WIV
Selb	RI	WIV	Bad Neustadt a. d. Saale	RI	WIV
Landkreise			Brückenau	RI	WIV
Bamberg	R II	WIV	Ebern	RI	WIV
Bayreuth	RI	WIV	Gemünden	R II	WIV
Coburg	RI	WIV	Gerolzhofen	R II	WIV
Ebermannstadt	R II	WIV	Hammelburg	R II	WIV
Forchheim	R II	WIV	Haßfurt	R II	WIV
Höchstadt a. d. Aisch	R II	WIV	Hofheim/Unterfr.	RI	WIV
Hof	RI	WIV	Karlstadt	R II	WIV
Kronach	RI	WIV	Kitzingen	R II	WIV
Kulmbach	RI	WIV	Königshofen im Grabfeld	RI	WIV
Lichtenfels	RI	WIV	Lohr	R II	WIV
Münchberg	RI	WIV	Marktheidenfeld	R II	WIV
Naila	RI	WIV	Melrichstadt	RI	WIV
Pegnitz	RI	WIV	Miltenberg	R II	WIV
Rehau	RI	WIV	Obernburg	R II	WIV
Stadtsteinach	RI	WIV	Ochsenfurth	R II	WIV
Staffelstein	RI	WIV	Schweinfurt	R II	WIV
Wunsiedel	RI	WIV	Würzburg	R II	WIV
Reg.-Bezirk Mittelfranken			Reg.-Bezirk Schwaben		
Stadtkreise			Stadtkreise		
Ansbach	R II	WIV	Augsburg	R IV	WIV
Eichstätt	RI	WIV	Dillingen a. d. Donau	R IV	W III
Erlangen	R II	WIV	Günzburg	R IV	WIV
Fürth	R II	WIV	Kaufbeuren	R IV	WIV
Nürnberg	R II	WIV	Kempton/Allgäu	R IV	WIV
Rothenburg o. d. Tauber	R II	WIV	Memmingen	R IV	WIV
Schwabach	RI	WIV	Neuburg a. d. Donau	R IV	WIV
Weißenburg/Bayern	RI	WIV	Neu-Ulm	R IV	WIV
Landkreise			Nördlingen	R IV	WIV
Ansbach	R II	WIV	Landkreise		
Dinkelsbühl	R II	WIV	Augsburg	R IV	WIV
Eichstätt	RI	WIV	Dillingen a. d. Donau	R IV	W III
Erlangen	R II	WIV	Donauwörth	R IV	WIV
Feucht Wangen	R II	WIV	Friedberg	R IV	WIV
Fürth	R II	WIV	Füssen	R IV	WIV
Gunzenhausen	R II	WIV	Günzburg	R IV	WIV
Hersbruck	R II	WIV	Illertissen	R IV	WIV
Hilpoltstein	RI	WIV	Kaufbeuren	R IV	WIV
Lauf a. d. Pegnitz	R II	WIV	Kempton/Allgäu	R IV	WIV
Neustadt a. d. Aisch	R II	WIV	Krumbach/Schwaben	R IV	WIV
Nürnberg	R II	WIV	Lindau	R IV	WIV
Rothenburg o. d. Tauber	R II	WIV	Markt Oberdorf	R IV	WIV
Scheinfeld	R II	WIV	Memmingen	R IV	WIV
Schwabach	RI	WIV	Mindelheim	R IV	WIV
Uffenheim	R II	WIV	Neuburg a. d. Donau	R IV	WIV
Weißenburg/Bayern	RI	WIV	Neu-Ulm	R IV	WIV
Reg.-Bezirk Unterfranken			Nördlingen	R IV	WIV
Stadtkreise			Schwabmünchen	R IV	WIV
Aschaffenburg	R II	WIV	Sonthofen	R IV	W III
Bad Kissingen	RI	WIV	Wertingen	R IV	WIV
Kitzingen	R II	WIV			
Schweinfurt	R II	WIV	LAND BADEN-WÜRTTEMBERG		
Würzburg	R II	WIV	Reg.-Bezirk Nord-Württemberg		
Landkreise			Stadtkreise		
Alzenau in Unterfranken	R II	WIV	Stuttgart	R IV	WIV
Aschaffenburg	R II	WIV	Heilbronn	R IV	WIV
			Ulm	R IV	WIV

Landkreise			Waldshut	R IV	W IV
Aalen	R IV	W IV	Wolfach	R IV	W IV
Backnang	R IV	W IV			
Böblingen	R IV	W IV	Reg.-Bezirk Süd-Württemberg-		
Crailsheim	R IV	W IV	Hohenzollern		
Eßlingen	R IV	W IV	Landkreise		
Göppingen	R IV	W IV	Balingen	R IV	W IV
Heidenheim	R IV	W IV	Biberach	R IV	W IV
Heilbronn	R IV	W IV	Calw	R IV	W IV
Künzelsau	R IV	W IV	Ehingen	R IV	W IV
Leonberg	R IV	W IV	Freudenstadt	R IV	W IV
Ludwigsburg	R IV	W IV	Hechingen	R IV	W IV
Mergentheim	R IV	W IV	Horb	R IV	W IV
Nürtingen	R IV	W IV	Münsingen	R IV	W IV
Öhringen	R IV	W IV	Ravensburg	R IV	W IV
Schwäbisch Gmünd	R IV	W IV	Reutlingen	R IV	W IV
Schwäbisch Hall	R IV	W IV	Rottweil	R IV	W IV
Ulm	R IV	W IV	Saulgau	R IV	W IV
Vaihingen	R IV	W IV	Sigmaringen	R IV	W IV
Waiblingen	R IV	W IV	Tett nang	R IV	W IV
			Tübingen	R IV	W IV
Reg.-Bezirk Nord-Baden			Tuttlingen	R IV	W IV
Stadtkreise			Wangen	R IV	W IV
Karlsruhe	R IV	W IV			
Heidelberg	R IV	W IV	LAND HESSEN		
Mannheim	R IV	W IV	Reg.-Bezirk Darmstadt		
Pforzheim	R IV	W IV	Stadtkreise		
Landkreise			Darmstadt	R IV	W IV
Bruchsal	R IV	W IV	Gießen	R II	W II
Buchen	R IV	W IV	Offenbach	R IV	W IV
Heidelberg	R IV	W IV	Landkreise		
Karlsruhe	R IV	W IV	Alsfeld	R I	W II
Mannheim	R IV	W IV	Bergstraße	R IV	W IV
Mosbach	R IV	W IV	Büdingen	R II	W II
Pforzheim	R IV	W IV	Darmstadt	R IV	W IV
Sinsheim	R IV	W IV	Dieburg	R IV	W IV
Tauberbischofsheim	R IV	W IV	Erbach	R IV	W IV
Reg.-Bezirk Süd-Baden			Friedberg	R II	W II
Stadtkreise			Gießen	R II	W II
Baden-Baden	R IV	W IV	Groß-Gerau	R IV	W IV
Freiburg	R IV	W IV	Lauterbach	R I	W II
Konstanz	R IV	W IV	Offenbach	R IV	W IV
Landkreise			Reg.-Bezirk Kassel		
Bühl	R IV	W IV	Stadtkreise		
Donaueschingen	R IV	W IV	Fulda	R I	W II
Emmendingen	R IV	W IV	Kassel	R I	W I
Freiburg	R IV	W IV	Marburg	R I	W II
Kehl	R IV	W IV	Landkreise		
Konstanz	R IV	W IV	Eschwege	R I	W I
Lahr	R IV	W IV	Frankenberg	R I	W I
Lörrach	R IV	W IV	Fritzlar-Homberg	R I	W I
Müllheim	R IV	W IV	Fulda	R I	W II
Neustadt	R IV	W IV	Hersfeld	R I	W II
Offenburg	R IV	W IV	Hofgeismar	R I	W I
Rastatt	R IV	W IV	Hünfeld	R I	W II
Säckingen	R IV	W IV	Kassel	R I	W I
Stockach	R IV	W IV	Marburg	R I	W II
Überlingen	R IV	W IV			
Villingen	R IV	W IV			

Melsungen	RI	WI	Reg.-Bezirk Montabaur		
Rotenburg	RI	WI	Landkreise		
Waldeck	RI	WI	Oberwesterwaldkreis	R II	W III
Witzenhausen	RI	WI	St. Goarshausen	R II	W III
Wolfhagen	RI	WI	Unterlahnkreis	R II	W III
Ziegenhain	RI	W II	Untewesterwaldkreis	R II	W III
Reg.-Bezirk Wiesbaden			Reg.-Bezirk Rheinhessen		
Stadtkreise			Stadtkreise		
Frankfurt (Main)	R IV	W IV	Mainz	R IV	W IV
Hanau	R IV	W IV	Worms	R IV	W IV
Wiesbaden	R IV	W IV	Landkreise		
Landkreise			Alzey		
Biedenkopf	R II	W II	Bingen	R IV	W IV
Dillkreis	R II	W III	Mainz	R IV	W IV
Gelnhausen	R II	W IV	Worms	R IV	W IV
Hanau	R IV	W IV	Reg.-Bezirk Pfalz		
Limburg	R II	W II	Stadtkreise		
Main-Taunus-Kreis	R IV	W IV	Frankenthal	R IV	W IV
Oberlahnkreis	R II	W II	Kaiserslautern	R IV	W IV
Obertaunuskreis	R IV	W IV	Landau	R IV	W IV
Rheingaukreis	R IV	W IV	Ludwigshafen	R IV	W IV
Schlüchtern	R II	W IV	Neustadt	R IV	W IV
Untertaunuskreis	R IV	W IV	Pirmasens	R IV	W IV
Usingen	R II	W II	Speyer	R IV	W IV
Wetzlar	R II	W II	Zweibrücken	R IV	W IV
LAND RHEINLAND-PFALZ			Landkreise		
Reg.-Bezirk Koblenz			Bergzabern		
Stadtkreis			Frankenthal		
Koblenz	R II	W III	Germersheim	R IV	W IV
Landkreise			Kaiserslautern		
Ahrweiler	R II	W III	Kirchheimbolanden	R IV	W IV
Altenkirchen	R IV	W IV	Kusel	R IV	W IV
Birkenfeld	R IV	W IV	Landau	R IV	W IV
Cochern	R II	W III	Ludwigshafen	R IV	W IV
Koblenz	R II	W III	Neustadt	R IV	W IV
Kreuznach	R IV	W IV	Pirmasens	R IV	W IV
Mayen	R II	W III	Rockenhausen	R IV	W IV
Neuwied	R II	W III	Speyer	R IV	W IV
St. Goar	R II	W III	Zweibrücken	R IV	W IV
Simmern	R II	W III	SAARLAND		
Zell	R II	W III	Stadtkreis		
Reg.-Bezirk Trier			Saarbrücken		
Stadtkreis			R IV		
Trier	R IV	W IV	Landkreise		
Landkreise			Homburg		
Bernkastel	R II	W III	Merzig/Wadern	R IV	W IV
Bitburg	R II	W III	Ottweiler	R IV	W IV
Daun	R II	W III	Saarbrücken	R IV	W IV
Prüm	R II	W III	Saarlouis	R IV	W IV
Saarburg	R IV	W IV	St. Ingbert	R IV	W IV
Trier	R IV	W IV	St. Wendel	R IV	W IV
Wittlich	R II	W III			

LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Reg.-Bezirk Düsseldorf

Stadtkreise

Düsseldorf	R IV	W IV
Duisburg	R IV	W IV
Essen	R IV	W IV
Krefeld	R IV	W IV
Leverkusen	R IV	W IV
Mülheim-Ruhr	R IV	W IV
Mönchen Gladbach	R IV	W IV
Neuß	R IV	W IV
Oberhausen	R IV	W IV
Remscheid	R IV	W IV
Rheydt	R IV	W IV
Solingen	R IV	W IV
Viersen	R IV	W IV
Wuppertal	R IV	W IV

Landkreise

Dinslaken	R IV	W IV
Düsseldorf-Mettmann	R IV	W IV
Geldern	R IV	W IV
Grevenbroich	R IV	W IV
Kempen-Krefeld	R IV	W IV
Kleve	R IV	W IV
Moers	R IV	W IV
Rees	R IV	W IV
Rhein-Wupper-Kreis	R IV	W IV

Reg.-Bezirk Köln

Stadtkreise

Bonn	R IV	W IV
Köln	R IV	W IV

Landkreise

Bergheim/Erft	R IV	W IV
Bonn	R IV	W IV
Euskirchen	R IV	W IV
Köln	R IV	W IV
Oberbergischer Kreis	R IV	W IV
Rhein.-Bergischer Kreis	R IV	W IV
Siegkreis	R IV	W IV

Reg.-Bezirk Aachen

Stadtkreis

Aachen	R II	W IV
--------	------	------

Landkreise

Aachen	R II	W IV
Düren	R II	W IV
Erkelenz	R II	W IV
Geilenkirchen-Heinsberg	R II	W IV
Jülich	R II	W IV
Monschau	R II	W IV
Schleiden	R II	W IV

Reg.-Bezirk Münster

Stadtkreise

Bocholt	R II	W IV
Bottrop	R IV	W IV

Geisenkirchen	R IV	W IV
Gladbeck	R IV	W IV
Münster	R II	W IV
Recklinghausen	R IV	W IV

Landkreise

Ahaus	R II	W IV
Beckum	R II	W II
Borken	R II	W IV
Coesfeld	R II	W IV
Lüdinghausen	R II	W IV
Münster	R II	W IV
Recklinghausen	R IV	W IV
Steinfurt	R II	W IV
Tecklenburg	R II	W IV
Warendorf	R II	W II

Reg.-Bezirk Detmold

Stadtkreise

Bielefeld	R II	W II
Herford	R II	W II

Landkreise

Bielefeld	R II	W II
Büren	R I	W I
Detmold	R II	W I
Halle	R II	W II
Herford	R II	W II
Höxter	R I	W I
Lemgo	R II	W I
Lübbecke	R II	W II
Minden	R II	W I
Paderborn	R I	W I
Warburg	R I	W I
Wiedenbrück	R I	W I

Reg.-Bezirk Arnsberg

Stadtkreise

Bochum	R IV	W IV
Castrop-Rauxel	R IV	W IV
Dortmund	R IV	W IV
Hagen	R IV	W IV
Hamm	R II	W II
Herne	R IV	W IV
Iserlohn	R II	W II
Lüdenscheid	R II	W II
Lünen	R IV	W IV
Siegen	R IV	W II
Wanne-Eickel	R IV	W IV
Wattenscheid	R IV	W IV
Witten	R IV	W IV

Landkreise

Altena	R II	W II
Arnsberg	R II	W II
Brilon	R I	W I
Ennepe-Ruhr-Kreis	R IV	W IV
Iserlohn	R II	W II
Lippstadt	R I	W I
Meschede	R I	W I
Olpe	R II	W II
Siegen	R IV	W II

Soest	R II	W II	Fallingbostal	R I	W III
Unna	R II	W II	Gifhorn	R I	W II
Wittgenstein	R II	W I	Harburg	R II	W II
LAND NIEDERSACHSEN			Lüchow-Dannenberg	R I	W II
Reg.-Bezirk Hannover			Lüneburg	R II	W II
Kreisfreie Städte			Soltau	R I	W II
Hameln	R II	W I	Uelzen	R I	W II
Hannover	R II	W I	Selbständige Städte		
Landkreise			Lehrte	R I	W I
Grafschaft Diepholz	R I	W III	Uelzen	R I	W II
Grafschaft Hoya	R I	W III	Reg.-Bezirk Stade		
Grafschaft Schaumburg	R II	W I	Kreisfreie Stadt		
Hameln-Pyrmont	R II	W I	Cuxhaven	R II	W II
Hannover	R II	W I	Landkreise		
Neustadt a. Rbge.	R I	W I	Bremervörde	R II	W III
Nienburg/Weser	R I	W III	Land Hadeln	R II	W II
Schaumburg-Lippe	R II	W I	Osterholz	R II	W III
Springe	R II	W I	Rotenburg/Hann.	R II	W III
Selbständige Städte			Stade	R II	W II
Bad Pyrmont	R II	W I	Verden	R II	W III
Nienburg/Weser	R I	W III	Wesermünde	R II	W III
Reg.-Bezirk Hildesheim			Selbständige Städte		
Kreisfreie Städte			Stade	R II	W II
Göttingen	R I	W I	Verden	R II	W III
Hildesheim	R II	W I	Reg.-Bezirk Osnabrück		
Landkreise			Kreisfreie Stadt		
Alfeld	R II	W I	Osnabrück	R II	W II
Duderstadt	R I	W I	Landkreise		
Einbeck	R II	W I	Aschendorf/Hümmling	R II	W III
Göttingen	R I	W I	Bersenbrück	R II	W III
Hildesheim-Marienburg	R II	W I	Grafschaft Bentheim	R II	W III
Holzminden	R II	W I	Lingen	R II	W III
Münden	R I	W I	Melle	R II	W II
Northeim	R II	W I	Meppen	R II	W III
Osterode/Harz	R II	W I	Osnabrück	R II	W II
Peine	R II	W I	Wittlage	R II	W II
Zellerfeld	R II	W I	Selbständige Städte		
Selbständige Städte			Lingen	R II	W III
Holzminden	R II	W I	Nordhorn	R II	W III
Münden	R I	W I	Reg.-Bezirk Aurich		
Northeim	R II	W I	Kreisfreie Stadt		
Peine	R II	W I	Emden	R II	W II
Reg.-Bezirk Lüneburg			Landkreise		
Kreisfreie Städte			Aurich (Ostfriesland)	R II	W II
Celle	R I	W II	Leer	R II	W II
Lüneburg	R II	W II	Norden	R II	W II
Wolfsburg	R I	W II	Wittmund	R II	W II
Landkreise			Selbständige Städte		
Burgdorf	R I	W I	Leer	R II	W II
Celle	R I	W II	Norden	R II	W II

Verw.-Bezirk Braunschweig

Kreisfreie Städte

Braunschweig	R II	W I
Goslar	R II	W I
Salzgitter	R II	W I

Landkreise

Blankenburg	R II	W I
Braunschweig	R II	W I
Gandersheim	R II	W I
Goslar	R II	W I
Helmstedt	R I	W I
Wolfenbüttel	R II	W I

Selbständige Städte

Helmstedt	R I	W I
Wolfenbüttel	R II	W I

Verw.-Bezirk Oldenburg

Kreisfreie Städte

Delmenhorst	R II	W III
Oldenburg/O.	R II	W III
Wilhelmshaven	R II	W II

Landkreise

Ammerland	R II	W II
Cloppenburg	R II	W III
Friesland	R II	W II
Oldenburg/O.	R II	W III
Vechta	R II	W III
Wesermarsch	R II	W II

Selbständige Stadt

Nordenham	R II	W II
-----------	------	------

LAND SCHLESWIG-HOLSTEIN

Stadtkreise

Flensburg	R II	W II
Kiel	R II	W III
Lübeck	R II	W III
Neumünster	R II	W II

Landkreise

Eckernförde	R II	W II
Eiderstedt	R II	W II
Eutin	R II	W II
Flensburg	R II	W II
Herzogtum Lauenburg	R II	W II
Husum	R II	W II
Norderdithmarschen	R II	W II
Oldenburg	R II	W II
Pinneberg	R II	W II
Plön	R II	W II
Rendsburg	R II	W II
Schleswig	R II	W II
Segeberg	R II	W II
Steinburg	R II	W II
Stormarn	R II	W II
Süderdithmarschen	R II	W II
Südtondern	R II	W II

LAND HAMBURG

R III W III

LAND BREMEN

Stadtkreise

Bremen	R III	W III
Bremerhaven	R II	W II

LAND BERLIN

(Westsektor) R II W II

**Verordnung zur Änderung der Zweiten Verordnung
über Ausgleichsleistungen nach dem Lastenausgleichsgesetz**

Vom 27. Juli 1960

Auf Grund des § 301 Abs. 4 und des § 367 des Lastenausgleichsgesetzes in der Fassung des Achten Gesetzes zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes vom 26. Juli 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 809) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

§ 1

Änderung der 2. LeistungsDV-LA

§ 2 der Zweiten Verordnung über Ausgleichsleistungen nach dem Lastenausgleichsgesetz (2. LeistungsDV-LA) in der Fassung vom 16. Juli 1958 (Bundesgesetzbl. I S. 514) wird wie folgt geändert:

1. An Absatz 1 werden folgende Sätze angefügt:

„Bei Anwendung des § 269 Abs. 3 des Lastenausgleichsgesetzes auf den in Satz 1 bezeichneten Personenkreis gilt die Voraussetzung des § 273 Abs. 5 Nr. 2 des Lastenausgleichsgesetzes nicht; die Schädigung muß jedoch offensichtlich zu einem Schaden von mindestens 3600 Reichsmark an Wirtschaftsgütern der in § 243 des Lastenausgleichsgesetzes bezeichneten Art geführt haben. Eine Schadensfeststellung findet nicht statt. Bei der Prüfung, ob die Grenze von 3600 Reichsmark erreicht ist, sind die Grundsätze des Zweiten Abschnitts des Feststellungsgesetzes und des § 245 Nrn. 1, 2 und 4 des Lastenausgleichsgesetzes anzuwenden; auf Deutsche Mark der Deutschen Notenbank lautende Ansprüche sind mit einem Viertel anzusetzen.“

2. An Absatz 3 wird folgender Satz angefügt:

„An Sowjetzonenflüchtlinge und ihnen gleichgestellte Personen (§ 1 Abs. 1), die nach dem 31. Dezember 1889 (eine Frau nach dem 31. Dezember 1894) und vor dem 1. Januar 1898 (eine Frau vor dem 1. Januar 1903) geboren sind, werden Beihilfen zum Lebensunterhalt auch dann gewährt, wenn die Voraussetzung des § 273 Abs. 5 Nr. 1

des Lastenausgleichsgesetzes erfüllt ist und die Schädigung offensichtlich zu einem Schaden von mehr als 7200 Reichsmark an Wirtschaftsgütern der in § 243 des Lastenausgleichsgesetzes bezeichneten Art geführt hat; die Vorschriften des Absatzes 1 Sätze 4 und 5 gelten entsprechend.“

§ 2

Anwendungszeitpunkt

(1) Die Vorschriften des § 1 sind mit Wirkung vom 1. Juni 1960 ab anzuwenden.

(2) An Personen, die erst auf Grund dieser Verordnung Beihilfen zum Lebensunterhalt beantragen können, wird bei Antragstellung bis zum 31. Dezember 1960 Beihilfe zum Lebensunterhalt vom 1. Juni 1960 ab gewährt, frühestens jedoch von dem Ersten des Monats ab, in dem die Voraussetzungen für die Gewährung von Beihilfe zum Lebensunterhalt eingetreten sind.

§ 3

Anwendung in Berlin

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzblatt I S. 1) in Verbindung mit § 374 des Lastenausgleichsgesetzes und § 15 des Achten Gesetzes zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes auch im Land Berlin.

§ 4

Nichtanwendung im Saarland

Diese Verordnung gilt nicht im Saarland.

§ 5

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 27. Juli 1960

Für den Bundeskanzler
Der Bundesminister für Verkehr
Seehofer

Für den Bundesminister der Finanzen
Der Bundesminister des Innern
Dr. Schröder

Für den Bundesminister für Vertriebene,
Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte
Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen
Lemmer

**Vierte Verordnung
zur Änderung der Pflanzenbeschauverordnung**

Vom 28. Juli 1960

Auf Grund des § 3 Nr. 1 bis 5 und des § 11 des Gesetzes zum Schutze der Kulturpflanzen in der Fassung vom 26. August 1949 (Gesetzblatt der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes S. 308) und des § 1 Nr. 2 der Zweiten Verordnung über die Erstreckung von Landwirtschaftsrecht der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes auf die Länder Baden, Rheinland-Pfalz, Württemberg-Hohenzollern und den bayerischen Kreis Lindau vom 12. Mai 1950 (Bundesgesetzbl. S. 180) in Verbindung mit Artikel 129 Abs. 1 des Grundgesetzes wird im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen und mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

Artikel 1

Die Pflanzenbeschauverordnung vom 23. August 1957 (Bundesgesetzblatt I S. 1258), zuletzt geändert durch die Dritte Verordnung zur Änderung der Pflanzenbeschauverordnung vom 26. Juni 1959 (Bundesgesetzblatt I S. 311), wird wie folgt geändert:

1. §§ 20 und 22 Satz 2 werden gestrichen.
2. In § 23 Abs. 2 wird die Jahreszahl „1961“ durch die Jahreszahl „1965“ ersetzt.
3. Anlage 2:
Hinter Nummer 8 wird folgende neue Nummer 9 angefügt:
„9. Lebende Pflanzen von
 Aprikose (*Prunus armeniaca* L.),
 Dreilappiger Mandel (*Prunus triloba* Lindl.),
 Mirabelle, Pflaume und Reneklode (*Prunus insititia* L.),
 Kirschpflaume und Myrobalane (*Prunus cerasifera* Ehrh.),
 Pfirsich (*Prunus persica* [L.] Batsch),
 Zwetsche (*Prunus domestica* L.),
 die in Bulgarien und Jugoslawien aufgewachsen sind — außer Früchten und Samen.“
4. Anlage 9:
 - a) Die Nummern 55 a und 164 werden gestrichen.
 - b) Die Nummer 125 erhält folgende Fassung:

„125.	ZA Neulauterburg	nur für Getreide, pflanzliche Preßrückstände der Ölgewinnung und trockene Hülsenfrüchte“.
-------	------------------	---
 - c) Hinter den Nummern 51, 77, 80, 91, 113, 115, 136, 139 a, 143 und 152 a werden jeweils folgende neue Nummern 51 a, 77 a, 77 b, 80 a, 91 a, 113 a, 115 a, 115 b, 136 a, 139 b, 139 c, 143 a und 152 b eingefügt:

„51 a.	ZA Füssen (Allgäu)	
77 a.	ZA Hanweiler	
77 b.	ZA Harrislee	nur vom 16. September bis zum 31. Dezember; ausgenommen sind Getreide, pflanzliche Preßrückstände der Ölgewinnung und trockene Hülsenfrüchte
80 a.	ZA Hemmersdorf	nur für Getreide, pflanzliche Preßrückstände der Ölgewinnung und trockene Hülsenfrüchte
91 a.	ZA Kiel	-Ostufer nur für Getreide, pflanzliche Preßrückstände der Ölgewinnung und trockene Hülsenfrüchte

113 a.	ZA	Ludwigshafen	-Zollhof	nur für Getreide, pflanzliche Preßrückstände der Ölgewinnung und trockene Hülsenfrüchte, soweit über ZA Neuburgweier eingeführt
115 a.	ZZ	Lübeck	-Burgtorhafen	nur für Getreide, pflanzliche Preßrückstände der Ölgewinnung und trockene Hülsenfrüchte
115 b.	ZA	Lübeck	-Schlutup	nur für Getreide, pflanzliche Preßrückstände der Ölgewinnung und trockene Hülsenfrüchte
136 a.	ZZ	Reinheim	-Bahnhof	nur für Getreide, pflanzliche Preßrückstände der Ölgewinnung und trockene Hülsenfrüchte
139 b.	HZA	Rottweil		nur für Postverkehr
139 c.	ZZ	Saarbrücken	-Expresßgut	ausgenommen sind Getreide, pflanzliche Preßrückstände der Ölgewinnung und trockene Hülsenfrüchte
143 a.	ZA	Schirnding	-Landstraße	
152 b.	ZA	Überherrn	-Bahnhof".	

- d) In Nummer 71 b werden die Buchstaben „ZA“ durch die Buchstaben „ZZ“ ersetzt.
- e) In den Nummern 90 und 145 wird in der Spalte „Besondere Bedingungen“ jeweils hinter den Worten „trockenen Hülsenfrüchten“ und „allen übrigen Gegenständen“ das Wort „auch“ eingefügt.
- f) In den Nummern 99 und 102 erhält die Spalte „Besondere Bedingungen“ folgende Fassung:
„nur vom 10. September bis zum 15. Dezember“.
- g) In Nummer 124 a werden in der Spalte „Besondere Bedingungen“ hinter den Worten „Ludwigshafen-Luitpoldhafen“ ein Komma und die Worte „Ludwigshafen-Zollhof“ eingefügt.
- h) In Nummer 156 a werden die Worte „nur vom 1. Juli bis zum 30. September;“ gestrichen.

Artikel 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit der Verordnung über die Erstreckung von Recht der Land- und Forstwirtschaft auf das Gebiet des Landes Berlin vom 25. März 1954 (Bundesgesetzbl. I S. 64) auch im Land Berlin.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 28. Juli 1960

Der Bundesminister für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten
In Vertretung
Dr. Sonnemann

Verkündungen im Bundesanzeiger

Gemäß § 1 Abs. 2 des Gesetzes über die Verkündung von Rechtsverordnungen vom 30. Januar 1950 (Bundesgesetzbl. S. 23) wird auf folgende im Bundesanzeiger verkündete Rechtsverordnungen nachrichtlich hingewiesen:

Bezeichnung der Verordnung	Verkündet im Bundesanzeiger		Tag des Inkrafttretens
	Nr.	vom	
Anderungsverordnung zur 4. BAA-FeststellungsDV Vom 12. Juli 1960	141	26. 7. 60	23. 3. 57
Fünfzehnte Durchführungsverordnung zum Getreidegesetz: Verwendung von Roggen und Roggenerzeugnissen bei der Herstellung von Mischfutter Vom 25. Juli 1960	142	27. 7. 60	1. 10. 60
II. Nachtrag zum Tarif für die Schifffahrtabgaben auf den westdeutschen Kanälen vom 12. Februar 1959 Vom 20. Juli 1960	143	28. 7. 60	Inkrafttreten gemäß Nummer 23

Sammlung des Bundesrechts, Bundesgesetzblatt Teil III

Bisher erschienen:

- Folge 1:** Sachgebiet 3 (Rechtspflege) — 1. Lieferung
30 Gerichtsverfassung und Berufsrecht der Rechtspflege — 300 Gerichtsverfassung — 301 Richter — 302 Entlastung der Gerichte, Rechtspfleger. (44 Seiten; Einzelbezug 1,54 DM zuzüglich 0,15 DM Versandgebühren.)
- Folge 2:** Sachgebiet 3 (Rechtspflege) — 2. Lieferung
31 Verfahren vor den ordentlichen Gerichten — 310 Zivilprozeß, Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung — 311 Vergleich, Konkurs, Einzelgläubigeranfechtung. (206 Seiten; Einzelbezug 7,21 DM zuzüglich 0,25 DM Versandgebühren.)
- Folge 3:** Sachgebiet 3 (Rechtspflege) — 3. Lieferung
31 Verfahren vor den ordentlichen Gerichten — 312 Strafverfahren, Strafvollzug, Strafregister — 313 Haftentschädigungen, Gnadenrecht — 314 Auslieferung und Durchführung. (112 Seiten; Einzelbezug 3,92 DM zuzüglich 0,15 DM Versandgebühren.)
- Folge 4:** Sachgebiet 3 (Rechtspflege) — 4. Lieferung
31 Verfahren vor den ordentlichen Gerichten — 315 Freiwillige Gerichtsbarkeit — 316 Verfahren bei Freiheitsentziehungen — 317 Verfahren in Landwirtschaftssachen — 318 Beglaubigung öffentlicher Urkunden. (80 Seiten; Einzelbezug 2,80 DM zuzüglich 0,15 DM Versandgebühren.)
- Folge 5:** Sachgebiet 3 (Rechtspflege) — 6. Lieferung
36 Kostenrecht — 360 Gerichtskostengesetz — 361 Kostenordnung — 362 Kosten der Gerichtsvollzieher — 363 Kosten im Bereich der Justizverwaltung — 364 Gebührenbefreiungen — 365 Justizbeitreibungsordnung — 366 Entschädigung der ehrenamtlichen Beisitzer bei den Gerichten — 367 Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen — 368 Gebührenordnung für Rechtsanwälte — 369 Gebühren und Auslagen von Rechtsbeiständen. (108 Seiten; Einzelbezug 3,71 DM zuzüglich 0,15 DM Versandgebühren.)
- Folge 6:** Sachgebiet 1 (Staats- und Verfassungsrecht) — Einzige Lieferung
10 Verfassungsrecht — 11 Staatliche Organisation — 12 Verfassungsschutz — 13 Bundesgrenzschutz. (256 Seiten; Einzelbezug 8,96 DM zuzüglich 0,50 DM Versandgebühren.)
- Folge 7:** Sachgebiet 2 (Verwaltung) — 13. Lieferung
23 Raumordnung, Bodenverteilung, Wohnungsbau-, Siedlungs- und Heimstättenwesen, Wohnraumbewirtschaftung, Kleingartenwesen, Grundstücksverkehrsrecht (außer land- und forstwirtschaftlichem Grundstücksverkehrsrecht). (196 Seiten; Einzelbezug 6,86 DM zuzüglich 0,35 DM Versandgebühren.)
- Folge 8:** Sachgebiet 2 (Verwaltung) — 2. Lieferung
20 Allgemeine innere Verwaltung — 203 Recht der im Dienst des Bundes und der bundesunmittelbaren Körperschaften des öffentlichen Rechts stehenden Personen — 2030 Beamte — 2031 Disziplinarrecht. (164 Seiten; Einzelbezug 5,74 DM zuzüglich 0,35 DM Versandgebühren.)
- Folge 9:** Sachgebiet 2 (Verwaltung) — 14. Lieferung
24 Vertriebene, Flüchtlinge, Evakuierte, politische Häftlinge und Vermißte. (60 Seiten; Einzelbezug 2,10 DM zuzüglich 0,25 DM Versandgebühren.)
- Folge 10:** Sachgebiet 4 (Zivilrecht und Strafrecht) — 4. Lieferung
41 Handelsrecht — 410 Allgemeines Handelsrecht. (128 Seiten; Einzelbezug 4,48 DM zuzüglich 0,35 DM Versandgebühren.)
- Folge 11:** Sachgebiet 4 (Zivilrecht und Strafrecht) — 9. Lieferung
42 Gewerblicher Rechtsschutz — 420 Patentrecht — 421 Gebrauchsmusterrecht — 422 Recht der Arbeitnehmererfindungen — 423 Warenzeichenrecht — 424 Gemeinsame Rechtsvorschriften — 43 Vorschriften gegen den unlauteren Wettbewerb — 44 Urheberrecht — 440 Urheberrechtliche Vorschriften — 441 Verlagsrecht — 442 Geschmacksmusterrecht — Anhang 01-42, 01-43, 01-44 Mehrseitige Verträge. (220 Seiten; Einzelbezug 7,70 DM zuzüglich 0,35 DM Versandgebühren.)
- Folge 12:** Sachgebiet 2 (Verwaltung) — 1. Lieferung
20 Allgemeine innere Verwaltung — 200 Behördenaufbau — 201 Verwaltungsverfahren und -zwangsverfahren — 202 Verwaltungsgebühren. (20 Seiten; Einzelbezug 0,70 DM zuzüglich 0,20 DM Versandgebühren.)

Bestellungen sind zu richten an:

Sammlung des Bundesrechts
Bundesgesetzblatt Teil III, Köln 1, Postfach.

Die Sammlung kann im Abonnement nur für alle Sachgebiete bezogen werden. Der Preis beträgt 5 Pf pro geliefertes Blatt im Format DIN A 4 einschl. Umschlag und Versandkosten. Eine Abonnementsbestellung bei der Post ist nicht möglich. Rechnungserteilung erfolgt postnumerando durch den Verlag nach dem Umfang der gelieferten Hefte.

Hefte einzelner Sachgebiete können bezogen werden zum Preise von 7 Pf pro Blatt einschl. Umschlag zuzüglich Versandkosten gegen Voreinsendung des entsprechenden Betrages auf Postscheckkonto Köln 11 28 „Sammlung des Bundesrechts, Bundesgesetzblatt Teil III“ oder nach Bezahlung auf Grund einer Vorausberechnung.

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz. — **Verlag:** Bundesanzeiger Verlagsges. m. b. H., Bonn/Köln. — **Druck:** Bundesdruckerei. Das Bundesgesetzblatt erscheint in drei Teilen. In Teil I und II werden die Gesetze und Verordnungen in zeitlicher Reihenfolge nach ihrer Ausfertigung verkündet. In Teil III wird das als fortgeltend festgestellte Bundesrecht auf Grund des Gesetzes über die Sammlung des Bundesrechts vom 10. Juli 1958 (Bundesgesetzbl. I S. 437) nach Sachgebieten geordnet veröffentlicht. Bezugsbedingungen für Teil III durch den Verlag. Bezugsbedingungen für Teil I und II: Laufender Bezug nur durch die Post. Bezugspreis vierteljährlich für Teil I und Teil II je DM 5,— zuzüglich Zustellgebühr. Einzelstücke je angefangene 24 Seiten DM 0,40 gegen Voreinsendung des erforderlichen Betrages auf Postscheckkonto „Bundesgesetzblatt“ Köln 399 oder nach Bezahlung auf Grund einer Vorausberechnung. Preis dieser Ausgabe DM 0,40 zuzüglich Versandgebühr DM 0,10.